

An die
Bezirksregierung
Dez. 48

Antrag Volkshochschulen auf Förderung von Maßnahmen für regionale Bildungsentwicklung gem. § 13a Weiterbildungsgesetz (WbG) im Haushaltsjahr 20

Maßnahmenbezeichnung:

Bitte senden Sie diesen ausgefüllten Antrag bis spätestens zum 15. November des Vorjahres per E-Mail an das Dezernat 48 der für Sie zuständigen Bezirksregierung.
Danach eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrem Projekt erst beginnen dürfen, wenn Ihnen die zuständige Bezirksregierung einen Bewilligungsbescheid erteilt hat. Bei Bedarf ist es möglich, einen Vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu beantragen. Bitte wenden Sie sich hierfür an die zuständige Bezirksregierung.

1. Antragsteller/in	
Name/Bezeichnung der Einrichtung	
Ggf. Name/ Bezeichnung des Kooperationspartner	
Anschrift	
Zentrale Telefonnummer	
Zentrale Faxnummer	
Vertretungsberechtigte Person (Name / Funktion)	
Auskunft erteilt (bei Antragsteller/in) (Name/ Telefon(Durchwahl)/ E-Mail)	
Aktenzeichen der Bezirksregierung	
Bankverbindung des/der Antragssteller/in	
Kontoinhaber/in:	

Beschreibung der Maßnahme:
(max. 1 Seite)

<p>Projektziel(e)</p>	
<p>Messbare Meilensteine</p> <p>(Benennung und Zeitplan der geplanten Maßnahmen mit Angabe von Indikatoren, z.B. Vernetzungstreffen in Regionalen Bildungsnetzwerken, Anzahl der Workshops, der Teilnehmenden, der Beratungen etc.)</p>	

<p>3. Gesamtkosten (in EUR)</p>	
<p>lt. beiliegendem Kostenplan</p>	
<p>beantragte Zuwendung</p>	

<p>4. Finanzierungsplan (in EUR)</p>	
<p>4.1 veranschlagte Personalkosten</p>	
<p>4.2 veranschlagte Sachkosten</p>	

4.3	Gesamtkosten der Maßnahme	
4.4	abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	
4.5	beantragte / bewilligte Förderung anderer öffentlicher Stellen (diese sind einzeln aufzuführen)	
4.6	Eigenanteil des Antragsstellers/ der Antragsstellerin	
4.7	beantragte Zuwendung des Landes NRW	

5. Begründung

- 5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.

7. Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- 7.2 sie/er zum Vorsteuerabzug
- nicht berechtigt ist,
 - berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)
- 7.3 das Projekt den Vorgaben des § 13a WbG i.V.m. §§ 3, 4 VO WbG entspricht.
- 7.4 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
- 7.5 Eine Doppelförderung ausgeschlossen ist.

(Ort/Datum)

(Name des Unterzeichnenden)

(Dienststelle/Unterschrift)